

# Die Steuer-Oase



Wenn der Mensch aufhört, sich vor dem Leben zu fürchten, dann findet er das, was er immer gesucht hat: den Frieden, der aus dem eigenen Herzen kommt und nirgends sonst.  
(Hermann Hesse, Siddharta)

## DAS MAGAZIN DER STEUERKANZLEI DRÖGE&PAUL

### Gruß der Geschäftsleitung

Liebe Mandanten und Freunde unseres Hauses,

ein Großteil dieser Ausgabe ist wie immer ein kritischer Blick auf die verwaltungs- und finanzpolitische Realität, die uns im Alltag einholt.

Wir wollen unser Editorial aber heute ausschließlich dazu nutzen, unserem Team, allen Mitarbeitern unserer Kanzlei, von Herzen für ihr Engagement im zu Ende gehenden Jahr zu danken:

Danke, Team, ohne Ihre und Eure beispiellose Frustrationstoleranz und Einsatzbereitschaft wäre die Kanzlei Dröge&Paul nicht denkbar!



Wir wünschen unseren Lesern, neben einer guten Lektüre dieser Ausgabe, in den kommenden Tagen vor allem Zeit für Freunde und Familie und für die - manchmal ganz kleinen - schönen Dinge im Leben!

Herzlichst Ihre

*P. Paul*  
*T. Dröge*

### Lachen oder weinen? Das neue „Schwarzbuch“ liegt vor

Die folgende Handvoll Beispiele ist genau das: nur eine Handvoll aus einer unglaublichen Fülle nachweisbarer Verschwendung von zwischen vier- bis zehnstelligen Steuergeldbeträgen für überflüssige oder völlig sinnentleerte Projekte. Sie alle entstammen dem soeben erschienen „Schwarzbuch“ der öffentlichen Verschwendung für 2025/26 (teilweise mit Projekten, die im Vorjahr begonnen haben), erstellt und herausgegeben vom Bund der Steuerzahler Deutschland e.V. Die Redaktion enthält sich des auf der Hand liegenden Wortspiels, in dem sich die Verschwendung öffentlicher Gelder mit dem Hinweis auf „viele Nullen“ sinnhaft vereinigen würde.....

### Ministerien-PR ohne Sinn und (Fach-)Verstand

Das Bundeswirtschaftsministerium betreibt neben seiner Hauptseite [www.bmwk.de](http://www.bmwk.de) erstaunliche 48 (!) weitere Web-auftritte, teils mit kryptischen Namen und redundanten Inhalten, was die Nutzerfreundlichkeit stark mindert. Zitate des Bundes der Steuerzahler: „so kryptisch, dass kein Wanderer im weltweiten Netz jemals durch Zufall auf diese Seiten gerät, zum Beispiel auf [www.bq-portal.de](http://www.bq-portal.de), [www.nks-kem.de](http://www.nks-kem.de) oder [www.nde-germany.de](http://www.nde-germany.de).“ Besucherzahlen variieren stark, manche Seiten verzeichnen kaum Zugriffe,

während die Kostenkontrolle völlig unklar bleibt. Das Ministerium antwortete auf eine konkrete Frage dazu: „Es existiert keine spezifischere Kostenübersicht, die über den genannten Titel hinausgeht.“ Im Vergleich dazu betreibt das deutlich größere und mit fast dem zehnfachen Haushalt ausgestattete Verkehrsministerium nur 19 Seiten. Der Bund der Steuerzahler kritisiert deshalb fehlende Priorisierung und fordert eine strikte Zusammenführung essenzieller Inhalte auf der Hauptseite.

Ein schlanker, strukturierter Webauftritt würde nicht nur Kosten sparen, sondern auch Nutzerorientierung und damit -zahlen erheblich verbessern.

### Wundersame Bürovermehrung

Obwohl der Bundestag durch die Wahlrechtsreform 2025 von 733 auf 630 Abgeordnete schrumpfte, steigen die Kosten weiter: Der Etat soll 2025 auf über 1,2 Milliarden Euro anwachsen, nachdem er noch 2023 bei einer Milliarde Euro lag.

Verantwortlich ist die massive Ausweitung der Verwaltung: So wird beispielsweise auf problemlos realisierbare Einsparungen beim Thema Büroflächen großzügig verzichtet. Es existieren derzeit 32 Liegenschaften mit rund 6.300 Büros, dazu kommen Neubauten wie der 430 Millionen Euro Anbau des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses mit 300 Büros und der 70 Millionen Euro Luisenblock West mit 400 Büros – bei einem geschrumpften Parlament, das schätzungsweise mehr als 500 Büros eigentlich gar nicht mehr benötigt. Parallel erweitern Kanzleramt, Bundespräsident und Ministerien ihre Flächen, völlig ohne Koordination (Kanzleramt: 800 Millionen Euro für 400 Büros), (Bundespräsident: 205 Millionen Euro für 180 Büros: hier handelt es sich um einen Interimssitz!).

Die Bundestagsverwaltung genehmigt gar vier statt drei Büros pro Abgeordnetem, sodass jegliches Sparpotenzial zunichte gemacht wird.

### Innerdeutsche Entwicklungshilfe

Der Etat des Entwicklungsministeriums (BMZ) wächst auf über 11 Milliarden Euro, doch die Auswahl der Projekte wirft regelmäßig Fragen auf. Besonders absurd: 2024 wurden 43 Mio. Euro für „Förderung der entwicklungspolitischen Bildung“ in Deutschland ausgegeben – etwa für die „konsumkritischen Stadtrundgänge“, gefördert als „konstruktive Auseinandersetzung mit dem Thema ‚Fairer Handel‘“, bei denen 2024 rund 8.000 Euro für „Entdeckungsreisen durch die globalisierte Produktwelt in deiner Innenstadt“ flossen, inklusive Themen wie „Postwachstum und Kapitalismuskritik“. Die Vergabe innerhalb der Legislaturperiode gleicht einem Kuddelmuddel: Verschiedene Vereine, teils Teile größerer Organisationen, erhalten mehrfach Geld, die Fördersummen entbehren jeder

Verteilungslogik und schwanken willkürlich zwischen 500 und 6.000 Euro – Berlin bekommt 5.000 Euro, Magdeburg 6.000, es gibt keine Korrelation mit Einwohnerzahlen oder Ähnlichem. Evaluationen sind ein Alibi: Laut BMZ werden die Stadtrundgänge „von den Weiterleitungsempfängern in der Regel mittels Teilnehmendenbefragung evaluiert“. Das Ministerium bewertet diese Praxis als „grundsätzlich ... bewährtes Bildungsformat“, als unabhängige Befragung kann man es wohl kaum bezeichnen.

### „Papierlastige Digitalisierung“

Bereits die Ampelkoalition versprach eine „umfassende Digitalisierung der Verwaltung“, doch im Bundestag gilt nach wie vor: Warum digital, wenn es auch auf Papier geht? Für die 20. Legislaturperiode wurden 85,7 Mio. Blatt Papier für rund 620.000 Euro angeschafft, das sind 171.400 Pakete à 500 Blatt, genug, um 857 Europaletten zu füllen und ein komplettes Handballfeld damit zu bestücken. Plenartagesordnungen werden bei 73 Sitzungswochen in durchschnittlich zwei Ausgaben à drei Seiten an 860 Empfänger verteilt, was 376.680 Blatt ergibt; amtliche Protokolle verschlingen bei 20 Seiten pro Sitzungswoche und 815 Adressaten weitere 1.189.900 Blatt, obwohl sie digital verfügbar sind (auch papiersparwillige Abgeordnete können die Auslieferung nicht stornieren!). Für Satz, Druck und Lieferung der Parlamentsdrucksachen fallen zusätzlich 1,34 Millionen Euro an – und dies nur für die Bundestagsverwaltung, ohne Fraktionen oder Ministerien.



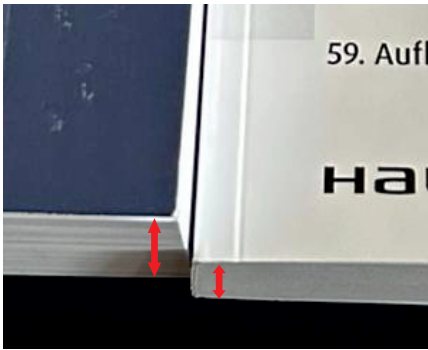
### Großzügigkeit mit öffentlichem Geld, auch in der Nachbarschaft

Im September 2021 startete in Goslar das „Welterbeshuttle“ auf der Ring-Buslinie 809, um die UNESCO-Welterbestätten Kaiserpfalz und Rammelsberg zu erschließen. Für den dreijährigen Pilotzeitraum übernahm der Regionalverband Region Braunschweig bis zu 75 % der Verluste, maximal 100.000 Euro jährlich; den Rest sollte die Stadt tragen. Erwartet wurden 20.000–40.000 Fahrgäste pro Jahr. Tatsächlich nutzten während des gesamten Zeitraums ca. 40.000 Personen das Shuttle, umgerechnet nur rund 36 Fahrgäste pro Tag bei bis zu 18 Fahrten täglich. Den Einnahmen von rund 9.000 Euro standen Kosten von 600.000 Euro gegenüber, die Subventionierung des Defizits durch Steuergelder belief sich auf etwa 577.000 Euro. Schon früh war absehbar, dass das Projekt scheitern würde: Die bestehende Linie 803 hält direkt am Bahnhof, und Touristen mit Pkw nutzen weiterhin die kostenlosen Parkplätze am Rammelsberg. Die Stadt verzichtete inzwischen einstimmig auf eine Verlängerung des Shuttles, die öffentlichen Gelder sind verbrannt.



Verwaltungs-Wasserköpfe  
machen Unternehmern das Leben schwer

Aushangpflichtige Gesetze sind eine jährlich aktualisierte Sammlung zentraler arbeitsrechtlicher und arbeitsschutzrechtlicher Vorschriften, die Arbeitgeber in Deutschland ihren Beschäftigten zugänglich machen müssen.



Sie dient dazu, die gesetzlich vorgeschriebene Informationspflicht zu erfüllen und sicherzustellen, dass Arbeitnehmer ihre Rechte und Pflichten jederzeit einsehen können. Damit soll das Werk die Rechtssicherheit im Betrieb unterstützen und die Einhaltung gesetzlicher Vorgaben erleichtern.

Was jedoch einst ein handliches Nachschlagewerk war, ist heute ein juristischer Wälzer, der jedem Aktenschrank Konkurrenz macht. Innerhalb von 3 Jahren stieg die Seitenzahl von bereits stattlichen 512 im Jahr 2022 auf sage und schreibe 832 im Jahr 2025 (zum Vergleich: 2015 waren es noch 368 Seiten)!

Der Gesetzgeber scheint fest entschlossen, Rechtssicherheit durch proliferierende Masse zu erzeugen. Hauptgründe für die Wucherungen sind neue Gesetze und Verordnungen, die Ausweitung der aushangpflichtigen Vorschriften und der gestiegene Dokumentationsanspruch mit EU-Verweisen, Übergangsbestimmungen und ausführlichen Anlagen.

O-Ton-Scherz eines betroffenen Unternehmers: „wenn wir die Aushangpflicht weiter sauber erfüllen wollen, müssen wir die Folgebände demnächst eindübeln!“

Eine riesige Verschwendung!

In den vergangenen drei Jahren mussten 325.000 Menschen zusätzlich eingestellt werden, um die gewachsene Bürokratie zu bewältigen. Um die Zahl in Relation zu stellen: Im gleichen Zeitraum, also zwischen 2022 und 2024, stieg die Gesamtbeschäftigung um 639.000 Personen.

Das bedeutet: Mehr als die Hälfte aller neu geschaffenen Stellen dient nur zur Bewältigung der Bürokratie. Das ist eine riesige Verschwendung knapper Arbeitskräfte. Denn diese Personen schaffen keinerlei Mehrwert und tragen nichts zum Vorankommen des Landes bei. Zudem fehlen sie in Sektoren, wo noch Wertschöpfung stattfindet. Kein Land kann es sich auf Dauer leisten, seine Beschäftigten derart zu vergeuden.

(Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 21.10.2025)

Prüfungsmängel gehen nicht zu Lasten der Antragsteller!

Mit einem Hinweisbeschluss vom 22. Oktober 2025 im Verfahren der Fortuna Düsseldorf (4 A 1352/25) hat das OVG Münster klargestellt: Rückforderungen mit der Begründung, erlittene Umsatzeinbrüche seien nicht zu 100% coronabedingt gewesen, sind unzulässig, wenn die Bewilligungsstellen damals diese Frage gar nicht oder nur oberflächlich geprüft haben. Nur nachweislich falsche Angaben rechtfertigen eine Rücknahme.

Was Unternehmen im Zweifelsfall tun sollten:

- Prüfen, ob die Coronabedingtheit im ursprünglichen Antrag tatsächlich kontrolliert wurde
- Feststellen, ob das damalige Formular eine Differenzierung überhaupt zuließ
- Angaben vollständig und korrekt halten
- Plausibel dokumentieren, warum Umsatzeinbrüche coronabedingt waren

Kleine Auszeit mit großem Erholungswert!

Einen Tag lang abschalten von Deadlines, Schlussabrechnungen, Behördentelefonaten....

Am 26. September 2025 war es soweit: das Kanzleiteam startete um 8:00 Uhr von Northeim mit einem gecharterten Bus Richtung Weser zum Tagesausflug.

In Hameln wartete schon der Rattenfänger! Aber nicht, um seinem Namen Ehre zu machen, sondern - viel besser - um die Gäste mit Musik auf die dann folgende Stadtführung einzustimmen.

Nach diesem ersten Highlight folgte das zweite: eine Weserrundfahrt durch die wunderschöne Landschaft. Beim reichhaltigen Mittagsbuffet auf dem Schiff war für alle geschmacklichen Vorlieben etwas dabei.

Zurück in Hameln, ging es per Bus zum Rittergut Schloss Hämelschenburg.

Das Wasserschloss wurde von 1588 - 1613 auf dem Höhepunkt der Weserrenaissance errichtet und bildet mit der Kirche, den Wirtschaftsgebäuden und Gartenanlagen eine in sich



geschlossene, vollständig erhaltene Anlage, die zu einer der schönsten und bedeutsamsten Renaissanceanlagen in Deutschland gehört. Bereits seit 1437 befindet sie sich im Besitz der Familie von Klencke, die seit 1973 die historischen Räume mit den originalen Möbeln, Gemälden und Kaminen sowie Waffen-, Porzellan- und Glas-sammlungen zur Besichtigung öffnet.

Auf dem Schlossgelände befinden sich auch eine berühmte Trakehnerzucht, die Werkstätten verschiedener Kunsthandwerker, ein Maleratelier und ein Landschaftspark mit exotischen Bäumen.

In der wunderbaren Atmosphäre des Schlosscafés ließ man bei Kaffee und Kuchen den bunten Bilderbogen der Eindrücke dieses schönen und erholsamen Tages noch einmal Revue passieren, bevor es per Bus zurückging.

Gegen 18:00 Uhr waren alle wieder wohlbehalten zurück in Northeim.



Eine Geschichte vom Licht

Am Anfang stand kaum mehr als ein Funke: In den Höhlen unserer Vorfahren war Feuer die einzige Möglichkeit, Dunkelheit zu vertreiben. Es folgten Kerzen aus Talg oder Bienenwachs, einfache Öllampen und später Petroleumleuchten, die die Schatten vertrieben und den Tag länger machten. Mit Gaslaternen begann das öffentliche Lichtzeitalter, ehe elektrische Beleuchtung den Alltag vollständig veränderte und bei Bedarf auch die Nacht zum Tag machte.

Bei allen technischen Sprüngen blieb jedoch eine Erfahrung gleich: Licht gibt Sicherheit und Struktur. Es hat Eingang in positiv besetzte Redensarten gefunden: „Licht am Ende des Tunnels“, „Hoffnungsschimmer“, „Licht der Erkenntnis“ und viele andere.

Gerade in den winterlichen Wochen, wenn natürliche Helligkeit knapp ist, rücken große und kleine Leuchtquellen stärker ins Bewusstsein. Sie markieren Nähe und Behaglichkeit, Orientierung und ein Stück Verlässlichkeit. In der Weihnachtszeit bekommt das Licht eine zusätzliche Bedeutung. Jesus ist für Christen das Licht der Welt. Aber auch nicht-Christen verstehen Leuchten und Helligkeit im spirituellen Sinne.

Für viele steht Licht schlicht für Hoffnung, für menschliche Wärme und für Trost. So erzählt die Geschichte des Lichts nicht nur von Technik, sondern auch davon, wie sehr Menschen seit jeher nach Momenten suchten, das Dunkle erträglicher zu machen.

Wir wünschen lichtvolle Feiertage!

